

Einleitung

Wie vermutlich jede Krise verdeutlichte auch die Coronavirus-Pandemie – die internationale Notlage gilt mittlerweile als beendet –, dass trotz aller epidemiologischer und virologischer Expertise und unterschiedlicher Empfehlungen seitens der Wissenschaft, wie mit der Krise umgegangen werden soll, es letzten Endes die Politik ist, die darüber entscheidet. Darauf deutet allein schon der engere internationale Vergleich ähnlich situierter Nationalstaaten, die in ihren doch unterschiedlichen Maßnahmen und Strategien zur Pandemiebekämpfung auffallen. Gewiss unterscheidet sich der Pandemieverlauf von Region zu Region, was sich auch auf die jeweilige Strategie niederschlägt, jedoch bleibt das Phänomen des Virus im Grunde überall das Gleiche. Dass bei näherer Betrachtung die Wissenschaft in ihrer Forschung grundsätzlich strittig und widersprüchlich ist und daher, scheinbar wider Erwarten, weder absolute Prognosen liefern noch ihre Heilsversprechen bedingungslos erfüllen kann, darf, nebenbei bemerkt, nicht überraschen. Wenngleich ihr auch eine wegweisende Rolle zukommt, bleibt es allem Anschein nach dabei, dass der Politik, obschon in Abwägung unterschiedlicher Interessen und weiterer Faktoren, die letztendliche Entscheidung zur Umsetzung bestimmter Maßnahmen obliegt. Damit wird zweierlei impliziert, dass die politischen Entscheidungsträger das letzte Wort zur Einrichtung von Gesellschaft besitzen und ihre Entscheidungen zwar nicht beliebig und doch auch immer anders ausfallen könnten. Abstrahiert ließe sich von einem (letztinstanzlichen) Horizont der Politik reden, der kraft kontingenter Entscheidungen Gesellschaft einrichtet. Damit ist bereits das bezeichnende Merkmal für die postfundamentalistische politische Theorie benannt, nämlich die These der Kon-

tingenz gesellschaftlicher Gründung und damit die »Schwächung« von Gründen, d. h. diese nicht mehr als unerschütterlich zu betrachten.¹ Will die These der Kontingenzt ihren Allgemeingültigkeitsanspruch behaupten, so muss sie auf ausnahmslos jede nur erdenkliche Form von Grund zutreffen. Aufgrund der hier noch oberflächlich formulierten Verschränkung von instituierender politischer Entscheidung und Kontingenzt, geht in der Ausweitung letzter auch die Politisierung unpolitischer Gründe und Bereiche einher. Dergestalt mündet der Postfundamentalismus in der Annahme eines grundsätzlich immer *politischen* Akts zur Gründung von allem Intelligiblen und Existierenden. Diese Perspektive eines »Sein-quadas Politische«² besagt also, dass es nichts gibt, was vom Politischen unberührt bleibt. Genau hier setzt die Fragestellung der vorliegenden Arbeit an. Denn angesichts persistenter Ordnungen und Regime – man denke nur an die ungebrochene Dominanz der kapitalistischen Produktionsweise oder auch an die schleppende Umsetzung des Klimaschutzes – muss die These eines letztlich politischen Horizonts von allem Gegebenen *prima facie* eine Unnachgiebigkeit bestehender Verhältnisse implizieren, eine gewisse »Trägheit« des Politischen. Dass es abseits des postfundamentalistischen Denkens dafür die unterschiedlichsten Erklärungsansätze gibt, steht außer Frage. Für den Postfundamentalismus scheint dahingehend die an Gramsci anschließende Hegemonietheorie von Mouffe und Laclau ergiebig. Allein Gramscis analoger Gebrauch des »Stellungskrieg[s] auch auf dem Feld der Politik«³, der den politischen Kampf als einen kräftezehrenden und mühsamen ausweist, illustriert bereits jene »Trägheit« und Unnachgiebigkeit und verspricht folglich, ihnen am ehesten gerecht zu werden. Obwohl insbesondere Laclau die von Mouffe und ihm entworfene Hegemonietheorie, die wohlgermerkt zugleich eine Diskurstheorie ist, verfeinert und weiterentwickelt, scheint einer ausdrücklichen Persistenz des Bestehenden keine eingehende Aufmerksamkeit geschenkt zu werden. Dabei finden sich in Laclaus Werken freilich Hinweise darauf: ein

1 Vgl. Marchart, Oliver: *Die politische Differenz. Zum Denken des Politischen bei Nancy, Lefort, Badiou, Laclau und Agamben*, 3. Auflage, Berlin: Suhrkamp 2010/2016, S. 61–3.

2 Ebd., S. 275.

3 Becker, Lia/Candeias, Marion/et al. (Hg.): *Gramsci lesen. Einstieg in die Gefängnishefte*, Hamburg: Argument 2013, S. 76.

Vergessen und *Verbergen* der instituierenden Gründungsakte zur Einrichtung von Gesellschaft und Objektivität, was Laclau im Begriff der Seditimentierung festhält.⁴ Jedoch soll es in der vorliegenden Arbeit nicht um eine explizite Theorie der Sedimentierung gehen. Das postfundamentalistische Denken exponiert sich ja gerade dadurch, trotz der Schwächung von Gründen, diese zuallererst vorauszusetzen, befindet es sich doch »[...] topologisch *am Rand* des Fundamentalismus, nicht in dessen Jenseits [Hervorh. i. O.].«⁵ Gerade angesichts eines letztlich alles umfassenden Begriffs des Politischen, der Gesellschaft in ihrer politischen Intensität unterschiedlich moduliert – bei Laclau das »Soziale« als das potentiell reaktivierbare Politische im »Schlummerzustand«⁶ –, scheint eine hinreichende und postfundamentalistische Bestimmung der Persistenz des Grundes noch ausständig. Die Arbeit macht sich daher zur Aufgabe, diese Persistenz aus Laclaus *Ceuvre* selbst zu erschließen und folgt dabei Marcharts richtungsweisender Weiterführung, die Denkweise Laclaus mit jener Heideggers zu untermauern. Marcharts Identifizierung des »streng Philosophischen« Laclaus, nämlich die ontologische Differenz Heideggers,⁷ erlaubt es, Laclaus Hegemonie- und Diskurstheorie als eine politische Onto-Logik basierend auf einer von Laclau selbst nie ausformulierten und doch impliziten Ontologie des Politischen zu begreifen.⁸ In der Radikalisierung des *Antagonismus*, dem vermutlich wichtigsten Begriff Laclaus, skizziert Marchart schließlich selbst eine an Heidegger angelehnte Ontologie des Politischen, »*a continuous movement of de- and re-grounding* [Hervorh. i. O.]«. Vor diesem Hintergrund setzt die folgende Untersuchung nicht an der politischen Onto-Logik sondern an der Ontologie des Politischen an, soll die Persistenz an fundamentaler Bedeutung gewin-

4 Vgl. Laclau, Ernesto: *New Reflections on The Revolution of Our Time*, London & New York: Verso 1990, S. 34.

5 Marchart, Oliver: *Die politische Differenz*, S. 260.

6 Vgl. Marchart, Oliver: *Thinking Antagonism. Political Ontology after Laclau*, Edinburgh: Edinburgh University Press 2018, S. 96, u. Laclau, Ernesto: *New Reflections on The Revolution of Our Time*, S. 35.

7 Vgl. Marchart, Oliver: *Politik und ontologische Differenz. Zum »streng Philosophischen« am Werk Ernesto Laclaus*, in: *Diskurs – radikale Demokratie – Hegemonie. Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe*, hg. v. M. Nonhoff, Bielefeld: transcript 2007, S. 103–22.

8 Vgl. Marchart, Oliver: *Thinking Antagonism*, S. 26.

nen. Sie wird jener von Marchart vorgezeichneten »Rückkehr zu Heidegger« folgen und die in Laclaus Werk offengelegten Aspekte zur Persistenz mit dem Denken Heideggers anreichern. In diesem Sinne sind die folgenden Rekonstruktionsversuche Laclaus immer schon von einer heideggerianischen Denkweise bestimmt; und umgekehrt erfolgt auch die Relektüre Heideggers durch eine unweigerlich Laclau'sche, d. h. freilich durch eine politische Linse.

Der Gang durch die vorliegende Arbeit hin zu einer Rekonstruktion der Laclau'schen Ontologie des Politischen beginnt mit einem einführenden Kapitel zum Postfundamentalismus und beleuchtet den Begriff der Kontingenz aus der Warte der Heidegger'schen Seinsfrage. Die darin diskutierte ontologische Differenz leitet sonach über zur politischen Differenz, indem das Verhältnis beider zueinander beleuchtet wird. Der damit thematisierte Status der politischen Differenz ebnet den Einstieg in Laclaus Werk und verdeutlicht überdies die wesentliche Rolle der Entscheidung für den Begriff des Politischen als quasi Bruchkante und Wendepunkt gesellschaftlicher Ordnung (Gründung und Entgründung). Folglich wird anhand der Entscheidung, ihrer wesentlichen Unentscheidbarkeit und dem mit ihr einhergehenden Subjekt versucht, die Grundzüge von Laclaus impliziter Ontologie nachzuzeichnen. Dabei wird ein Machtbegriff angetroffen, den es gilt, in die weiteren Überlegungen einfließen zu lassen. Es soll sich herausstellen, dass jener Machtbegriff nicht nur konstitutiv für die Laclau'sche Ontologie und deren Onto-Logik ist, sondern darüber hinaus vermag, jene offenzulegende Persistenz des Grundes und ferner jeder Ordnung zu plausibilisieren. Weitergedacht führt eine entlang dieses Machtbegriffs konzipierte und vorläufige Rekonstruktion der Ontologie gewissermaßen in einen »ontologischen Engpass«, den es mit Heidegger zu um- oder besser gesagt zu durchschiffen gilt. Erst mit Heideggers Begriff des *Streits*, der nur in einer umfassenden Rekonstruktion der *Aletheia* sein politik-theoretisches Potential entfaltet, lassen sich Laclaus und Heideggers Denkweisen annähern. In einer abschließenden Zusammenführung wird der Versuch einer »Repolitisierung« Heideggers unternommen, die im Wesentlichen auf eine Ontologie der Macht hinausläuft und der Persistenz einer immer schon eingerichteten Ordnung Rechnung trägt.